

Warum soll der Neubau eines US-Lazaretts im Kreis Kaiserslautern, den man einfach hätte ablehnen können, jetzt auch noch mit deutschen Steuermillionen bezuschusst werden?

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 195/10 – 07.10.10

Warum sollen sich die Bundesrepublik Deutschland und das Land Rheinland-Pfalz mit 125 Millionen Euro an den Planungskosten für ein neues US-Hospital beteiligen, das vielleicht niemals gebaut wird ?

Den nachfolgend abgedruckten Artikel haben wir der in Ludwigshafen erscheinenden Tageszeitung DIE RHEINPFALZ vom 06.10.10 entnommen.

US-Hospital: Barbaro als Landeskoordinator?

Finanzstaatssekretär seit Wochen mit Großprojekt befasst – Bund will finanzielle Beteiligung des Landes

MAINZ (ahb). „Wir sind startklar, egal, wann es losgeht.“ Salvatore Barbaro, Staatssekretär im Mainzer Finanzministerium, kümmert sich seit einiger Zeit um den möglichen Neubau eines US-Militärkrankenhauses in Weilerbach (Kreis Kaiserslautern). Für das Großprojekt der Amerikaner wird er voraussichtlich der Landeskoordinator sein.



Will eine bestmögliche Kommunikation: Finanzstaatssekretär Salvatore Barbaro. FOTO: STAATSKANZLEI

Wann es losgeht, hängt vor allem von zwei Dingen ab: Zum einen laufen Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den USA wegen einer Vereinbarung, mit dem die USA den Bund als Auftragnehmer einsetzen würden. Grundlage ist ein Verwaltungsabkommen über Auftragsbaugrundsätze. In den Grundsätzen werden Baumaßnahmen der Gaststreitkräfte geregelt – auch eine finanzielle deutsche Beteiligung.

Während das US-Militär vor Ort bereits plant, muss zum anderen der US-Kongress Anfang 2011 letztlich grünes Licht für den Neubau geben. Allerdings stehen zunächst im November Kongresswahlen an – bei denen politische Beobachter davon ausgehen, dass die Demokraten und damit auch US-Präsident Obama stark verlieren könnten. Andererseits würde das nicht automatisch das Ende

der Hospitalpläne bedeuten. Das US-Militär will den Neubau am strategisch wichtigen Standort Westpfalz; zudem schätzt Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) die Lage so ein, dass es kaum mehr politische Stimmen gebe, das Geld lieber im eigenen Land zu verbauen.

Wie das Kommando der US-Streitkräfte in Europa – Eucom in Stuttgart – auf Anfrage erklärte, laufen aktuell Untersuchungen über die Gegebenheiten im ehemaligen US-Depot Weilerbach. Gleichzeitig werde im Penta-

gon ein Konzept für die optimale medizinische Versorgung verwundeter Soldaten und der Militärgemeinde ausgearbeitet. Hinzu kämen Gespräche mit dem Bundesbauministerium über die Vereinbarung.

Wann diese vorliegt, kann das Bundesbauministerium wegen des komplexen Projekts, das einen entsprechend komplexen Vertrag notwendig mache, noch nicht abschätzen, doch sei man um eine zeitnahe Lösung bemüht. Berlin geht von einer Investitionssumme von 750 Millionen Euro aus, bislang war von 900 Millionen die Rede. 170 Millionen Euro von dieser Summe wären reine Planungskosten. Von diesen wollen die USA 45 Millionen Euro übernehmen, 125 Millionen hätte folglich der Bund zu tragen. Wegen der großen Bedeutung des Hospital-Neubaus sei das nachvollziehbar, heißt es aus dem Bauministerium. Allerdings sollte sich deshalb auch Rheinland-Pfalz beteiligen, die Gespräche liefen.

Barbaro (36) ist seit August Staatssekretär im Mainzer Finanzministerium, das auch Bauministerium ist. Daher hat er in den vergangenen Wochen Gespräche mit Beteiligten geführt: mit dem US-Militär, dem Bund, dem Geschäftsbereich Bundesbau der Oberfinanzdirektion Ko-

blenz und mit dem Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB). Offenbar aber hatten Finanz- und Innenministerium, das für Streitkräfte und Kommunen zuständig ist, bislang keinen direkten Kontakt. Der Innenminister hatte unlängst im RHEINPFALZ-Gespräch vorgeschlagen, dass der Landeskoordinator aus dem Finanzressort kommen sollte, weil dieses auch Bauministerium ist (wir berichteten am 25. September).

„Wir stehen Gewehr bei Fuß“, verweist der Staatssekretär darauf, dass in seinem Haus alle Weichen gestellt seien. Ihm ist eine Arbeitsgruppe wichtig, die alle Fragen zwischen den Beteiligten unmittelbar klären kann, er selbst wäre zudem direkter Ansprechpartner der US-Seite. Eingesetzt werden sollte das Team vor Ort und nicht in Mainz. Das würde der Idee Bruchs entgegenkommen, für die kommunalen Fragen einen „Kümmerer“ aus dem Innenressort zu benennen, was Barbaro befürwortet.

Wie berichtet, will das US-Militär das seit 1953 bestehende Landstuhl Regional Medical Center bis 2018 schließen. Dafür soll im Ex-Munitionsdepot Weilerbach, heute Rhine Ordnance Barracks, neu gebaut werden. Das neue Hospital läge direkt neben der Air Base Ramstein.

In diesem Artikel wird vor allem von dem rheinland-pfälzischen Innenminister Karl Peter Bruch der Eindruck erweckt, die Zustimmung des US-Kongresses zu dem Bauvorhaben und seiner Finanzierung sei bereits so gut wie sicher.

Unsere grundsätzlichen Einwände gegen den Neubau eines US-Militärhospitals im geräumten Munitionsdepot bei Weilerbach im Kreis Kaiserslautern und eine Auflistung der zu erwartenden verheerenden Folgen haben wir schon in der LUFTPOST 024/10 veröffentlicht (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP02410_230110.pdf), deren nochmalige Lektüre wir dringend empfehlen. Auf unsere bereits in der LUFTPOST 085/10 gestellte Frage "Warum setzen sich rheinland-pfälzische Landes- und Kommunalpolitiker überhaupt für eine Verlegung des US-Lazaretts vom Landstuhler Kirchberg in das geräum-

te Munitionsdepot Weilerbach ein?" haben wir bis heute keine Antwort erhalten (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP08510_290310.pdf).

Da der US-Kongress die Militärausgaben wegen des drohenden Staatsbankrotts der USA unbedingt reduzieren muss, wird nicht nur über eine Verringerung der Truppenstärke, sondern sogar über einen Totalabzug der US-Stationierungstreitkräfte aus Europa, also auch aus der Bundesrepublik Deutschland, nachgedacht (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP15810_260710.pdf). Deshalb werden zur Zeit alle geplanten US- Bauvorhaben, auch das neue US-Hospital bei Weilerbach, auf ihre Notwendigkeit überprüft (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP19010_300910.pdf).

Damit die deutschen Steuerzahler ungefähr abschätzen können, welche Kosten auf sie zukommen könnten, wenn das US-Hospital doch noch gebaut werden sollte, fordern wir die Bundes- und die Landesregierung zur Beantwortung folgender Fragen auf:

Warum wurde der Neubau des US-Hospitals in einer dicht bewaldeten Bundesliegenschaft, die von der US-Army bisher zur Einlagerung von Munition genutzt wurde und die umliegenden Gemeinden vom Bodenlärm der Air Base Ramstein abschirmte, nicht einfach abgelehnt?

Warum lassen sich deutsche Politiker, die sonst immer behaupten, selbst sparen zu müssen, überhaupt auf Verhandlungen über deutsche Zuschüsse zu US-Bauvorhaben ein?

Warum sollen die Bundesrepublik Deutschland und das Land Rheinland-Pfalz 125 Millionen der auf insgesamt 170 Millionen Euro veranschlagten Planungskosten für das US-Hospital übernehmen?

Wer würde die Rodungs- und Erschließungsarbeiten, die Anschlüsse an die Ver- und Entsorgungsnetze und die notwendigen Zufahrtsstraßen bezahlen?

Was würde uns das "Koordinationsteam" zur Begleitung des Bauvorhabens kosten, dem ein Staatssekretär des Finanzministeriums und – wie aus einem anderen RHEINPFALZ-Artikel vom gleichen Tag hervorgeht – ein höherer Beamter des Innenministeriums und ein Vertreter des Landkreises angehören sollen?

Wie hoch wären die Zusatzkosten zu veranschlagen, die den Steuerzahlern erwachsen, wenn der Geschäftsbereich Bundesbau der Oberfinanzdirektion Koblenz und der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung / LBB mit der jahrelangen Betreuung des Bauvorhabens betraut werden?

Wer würde die restlichen Baukosten bezahlen, wenn den US-Streitkräften während der langen Bauzeit das Geld ausgeht?

Wir fordern die Bundesregierung in Berlin und die Landesregierung in Mainz auf, keinerlei Vorleistungen für ein keineswegs gesichertes US-Bauvorhaben zu erbringen, das den Anwohnern nur Nachteile und den deutschen Steuerzahlern unnötige Kosten in heute noch nicht abzuschätzender Höhe aufbürden würde.

Der rheinland-pfälzischen Innenminister und US-Ehrenoberst Karl Peter Bruch (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP19507_180907.pdf) sollte voreilige finanzielle und sonstige Zusagen an seine "amerikanischen Freunde" künftig unterlassen.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern